

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/013(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 15.01.2016	Hasselbachsaal	15:00Uhr	15:30Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 27. 11. 2015 - öffentlicher Teil T0120/15
- 4 Anträge
- 4.1 Unterstützung freiwilligen Engagements Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei A0109/15
- 4.1.1 Unterstützung freiwilligen Engagements Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei A0109/15/1
- 4.1.2 Unterstützung freiwilligen Engagements BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit S0281/15
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Zulage für Fachärztinnen und Fachärzte der Landeshauptstadt Magdeburg DS0535/15
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

- 5.2 Dienstanweisung zur einheitlichen Verfahrensweise bei der Auslegung von Unterschriftenlisten, insbesondere bei der Durchführung von Einwohneranträgen und Bürgerbegehren
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung I0322/15
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Reinhard Stern

Dr. Falko Grube

Jens Rösler

Hugo Boeck

Oliver Müller

Frank Theile

Tom Assmann

Olaf Meister

Denny Hitzeroth

i.V.f. Stadtrat Jens Hitzeroth

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Jens Hitzeroth

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 27. 11. 2015 - öffentlicher Teil Vorlage: T0120/15

Die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 27. 11. 2015 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung genehmigt.

Hinweis: Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU-FDP/BfM; trifft zur Sitzung ein.

4. Anträge

- 4.1. Unterstützung freiwilligen Engagements
Vorlage: A0109/15
 - 4.1.1. Unterstützung freiwilligen Engagements
Vorlage: A0109/15/1
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris teil.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, spricht seinen Dank an die Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme aus und bittet um Zustimmung zum Antrag in der Fassung des Änderungsantrages A0109/15/1.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0109/15 in der Fassung des Änderungsantrages A019/15/1 in seiner Sitzung am 18. 02. 2015 zu beschließen.

Mit dieser Beschlussfassung hat sich eine Abstimmung zum Antrag A0109/15 erübrigt.

4.1.2. Unterstützung freiwilligen Engagements Vorlage: S0281/15

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Zulage für Fachärztinnen und Fachärzte der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: DS0535/15

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache verweist der Beigeordnete Herr Platz auf die bekannte Problematik, im Bereich der Fachärzte geeignetes Personal zu finden. Er führt aus, dass die Arbeitgeberrichtlinie, nach deren Regelung eine zusätzliche übertarifliche Zulage in Höhe von bis zu 10 % gezahlt werden kann, verlängert wurde. Da es sich um übertarifliche Leistungen handelt, muss der Stadtrat gemäß KVG LSA hierzu befinden.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU(FDP/BfM, wirft die Frage hinsichtlich der Deckungsquelle im städtischen Haushalt auf.

Der Beigeordnete Herr Platz bezeichnet es als Zielkonflikt, auf der einen Seite die erforderliche Haushaltskonsolidierung vorzunehmen, während andererseits in Konkurrenz zur freien Wirtschaft gutes Personal gebraucht wird. Insgesamt werden letztendlich diese Kosten aus dem gesamten Personalbereich gedeckelt.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass im Bereich der Fachärzte keine massenhaften Ausschreibungen erforderlich sind.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, nimmt Bezug auf die Geschäftsordnung des Stadtrates und legt seine Auffassung dar, dass die Verwaltung gegen die Regelung hinsichtlich der Benennung von Deckungsquellen verstößt.

Der Oberbürgermeister bezeichnet diese Auffassung als nicht richtig und verweist darauf, dass es sich bei der vorliegenden Drucksache um einen Grundsatzbeschluss handelt. Bisher sind noch keine Mehrkosten entstanden.

Ergänzend legt der Beigeordnete Herr Platz dar, dass der vorliegende Beschluss die Basis für entsprechende Ausschreibungen bildet. Eine Haushaltswirksamkeit entsteht erst wenn die Ausschreibung erfolgt, dann muss auch die Deckungsquelle benannt werden.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, erklärt, grundsätzlich der Drucksache zuzustimmen. Mit dem Hinweis auf die bereits geltende Richtlinie führt er aus, die Drucksache so verstanden zu haben, dass bereits Zahlungen erfolgten. Bezug nehmend auf die Ausführungen in der Drucksache hinsichtlich der Prüfung der haushaltstechnischen Zulässigkeit der Zulagenzahlung hinterfragt er den Zeitpunkt der Prüfung und wieviel Stellen im Amt 53 betroffen sind.

In seiner Beantwortung informiert der Beigeordnete Herr Platz über das vorliegende Einvernehmen mit der Kommunalaufsicht. Insbesondere merkt er an, dass die Regelung der Zulagenzahlung nur für Neueinstellungen zutrifft und haushaltstechnisch erst mit der Einstellung zum Tragen kommt.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt ebenfalls seine Zustimmung zur Drucksache. Er nimmt Bezug auf das in der Drucksache dargestellte Punktesystem zur Leistungsbewertung und hinterfragt dieses Bewertungsverfahren.

Erläuternd verweist der Beigeordnete I auf die Dienstvereinbarung zum Leistungsentgelt nach § 18 TVöD und macht Ausführungen zum System der Leistungsbewertung.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Drucksache.

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, äußert seine Befürchtung, dass es vermehrt zu Anträgen auf Zulagenzahlung kommen kann.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister darauf, dass es keinen Rechtsanspruch auf die Zahlung gibt und aktuell auch keine Anträge vorliegen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0535/15 in seiner Sitzung am 21. 01. 2016 zu beschließen.

5.2. Dienstanweisung zur einheitlichen Verfahrensweise bei der Auslegung von Unterschriftenlisten, insbesondere bei der Durchführung von Einwohneranträgen und Bürgerbegehren
Vorlage: I0322/15

Die Information wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen.

6. Verschiedenes

6.1. Meile der Demokratie am 16. 01. 2016

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, nimmt Bezug auf die im Ablaufplan der Veranstaltung vorgesehene Rednerliste. Mit Hinweis auf den Landtagswahlkampf äußert er die Bitte, mit den Organisatoren einen Konsens zu finden, dass neben dem Oberbürgermeister und dem Ministerpräsidenten des LSA auch die Spitzenkandidaten der im Landtag vertretenen Parteien auftreten können, da von diesen der Wunsch besteht, sich zur Thematik der Veranstaltung öffentlich zu äußern.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, mit dem Vorbereitungsprozess der Veranstaltung kaum befasst gewesen zu sein. Er stellt fest, dass die Funktionsträger Ministerpräsident, Landtagspräsident, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Stadtrates auf der Rednerliste stehen und bietet an, den Ministerpräsidenten hinsichtlich seines Redeverzichts zu befragen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, sieht im Auftritt des Ministerpräsidenten eine Aufwertung der Veranstaltung. Er gibt den Hinweis auf die gegenüber seiner Fraktion gegebene Aussage, dass keine Reden von Personen gehalten werden sollen, die sich im Wahlkampf befinden. Er legt seine Auffassung dar, dass dann allen Fraktionen die Redegelegenheit gegeben werden müsste. Insbesondere merkt er an, dass eine Ausladung des Ministerpräsidenten nicht gewollt sei.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, stellt klar, dass dies auch die Auffassung seiner Fraktion sei.

Der Oberbürgermeister erklärt zu der Thematik seine Zurückhaltung. Die Fraktionen seien in ihrer Handlungsweise frei. Er gibt jedoch zu bedenken, dass sich somit die Rededauer verlängern könnte.

Der Beigeordnete Herr Platz legt dar, dass sich um das Programm der Veranstaltung Frau Habisch von der Landeszentrale für politische Bildung im Zusammenwirken mit den Fraktionen kümmert und es in den vergangenen Jahren hier immer ein Einvernehmen gab. So sei Frau Habisch immer bemüht, politisch neutral zu bleiben. Er informiert über die Aussage von Frau Habisch, sich nicht in der Lage zu sehen, das von Seiten des Ministerpräsidenten erfolgte Redeangebot zurückzuweisen. Insbesondere merkt er an, dass ein Gespräch mit den Stadtratsfraktionen geführt werden sollte, wie mit dieser Situation umgegangen werden soll. Seitens der Landeszentrale wurde ihm vor der Ausschusssitzung die Mitteilung gegeben, eine Entscheidung des Verwaltungsausschusses abwarten zu wollen und bereit zu sein, noch kurzfristig eine Änderung vorzunehmen.

Im Weiteren verweist er darauf, dass mit weiteren Rednern der zeitliche Ablauf der Veranstaltung sehr knapp werden kann. Herr Platz gibt zu bedenken, dass, wenn den Spitzenkandidaten für den Landtag die Gelegenheit für den öffentlichen Auftritt gegeben wird, auch die AfD entsprechende Berücksichtigung anmelden könnte. Es müsse Klarheit bestehen, ob dies gewollt sei.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, macht deutlich, dass weder er noch seine Fraktion in angemessener Weise in die Vorbereitungen einbezogen wurden und somit keine Gelegenheit bestand, sich hier einzubringen. Er verdeutlicht seine Auffassung, es als sinnvoll anzusehen, neben dem Ministerpräsidenten auch alle anderen Parteienvertreter reden zu lassen. Er bittet darum, wenn die Zustimmung des Verwaltungsausschusses erteilt wird, auf den Ministerpräsidenten zuzugehen und den diskutierten Sachverhalt darzulegen.

Hinweis: Der Oberbürgermeister verlässt kurzzeitig die Sitzung. Der stellv. Vorsitzende Stadtrat Schwenke übernimmt die Sitzungsleitung.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußert, dass der Ministerpräsident nicht eingeladen werden kann und begrüßt dessen vorgesehenen Auftritt. Er äußert, nachvollziehen zu können, dass auch die anderen politischen Kräfte reden wollen, egal ob aus dem Stadtrat oder Landtag. Eindringlich legt er dar, dass die AfD hier jedoch herausgehalten werden muss.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, wirft die Frage auf, ob auch auf die Rede des Stadtratsvorsitzenden verzichtet werden soll. Er unterbreitet den Vorschlag, den Ministerpräsidenten zu bitten, parteipolitische Äußerungen herauszuhalten und vertritt ebenfalls die Auffassung, dass der Ministerpräsident nicht eingeladen werden kann.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, bezeichnet die geführte Diskussion als scheinheilig. Mit dem Hinweis darauf, dass seitens der Fraktionsvorsitzenden bereits vorgegebene Texte verlesen werden, die keine wahlpolitischen Fragen betreffen, sieht er die Gefahr eines Wahlkampfes als äußerst gering an. Ebenso legt er seine Überzeugung dar, dass

auch seitens des Ministerpräsidenten und des Landtagspräsidenten kein Wahlkampf gemacht wird.

Insbesondere verweist er auf das Anliegen der Veranstaltung eines gemeinsamen Bekenntnisses für Demokratie und Toleranz.

Hinweis: Der Oberbürgermeister übernimmt wieder die Sitzungsleitung

Der Oberbürgermeister informiert über sein eben geführtes Telefonat mit dem Ministerpräsidenten und dessen getroffene Aussage, an der Veranstaltung zwar teilzunehmen, jedoch auf eine Rede zu verzichten. Lediglich der Schirmherr der Veranstaltung, der Landtagspräsident Herr Steinecke, werde reden.

Diese Aussage wird von Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, als keine gute Lösung bezeichnet. Ihm wäre lieber gewesen, dass der Ministerpräsident seine Rede hält. Es gehe darum, auf der Bühne Präsenz zu zeigen. Sein Petition sei, zu den bisher vorgesehenen Rednern seitens der drei anderen im Landtag vertretenen Fraktionen je einen Vertreter reden zu lassen.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt sein Bedauern zum Verzicht des Ministerpräsidenten zum Ausdruck.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, schlägt vor, durch den Oberbürgermeister nochmals das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten zu führen und darum zu bitten, in seiner Rede keine Wahlkampfaussagen zu treffen und nur Bezug auf die „Meile der Demokratie“ zu nehmen.

Herr Platz äußert die Bitte, dass sich die Fraktionen im nächsten Jahr eher in die Vorbereitung der Veranstaltung einbringen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, nimmt Bezug auf die in Vorbereitung der Veranstaltungen der „Meile der Demokratie“ in den vergangenen Jahren erfolgten Abstimmungen. Mit Hinweis auf die nunmehr gemeinsam genutzte Bühne merkt er kritisch an, dass hierzu in diesem Jahr mit der Landeszentrale für politische Bildung keine Abstimmung mit den Fraktionen erfolgte. In Vorbereitung der 9. Meile der Demokratie im nächsten Jahr sollten hier entsprechende Überlegungen angestellt werden.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass zur morgigen Veranstaltung keine Fraktion ausgeschlossen ist und auch alle Fraktionen das Wort erhalten.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, trifft die Feststellung, dass es nicht Wunsch des Verwaltungsausschusses ist, dass seitens des Ministerpräsidenten auf seine Rede verzichtet wird. Kritik komme nur aus einer Richtung. Alle anderen haben ihre Kompromissbereitschaft gezeigt.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters hinsichtlich der Botschaft des Verwaltungsausschusses unterbreitet Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, als Fazit der geführten Diskussion den Vorschlag, die geplanten Redner beizubehalten sowie den anderen drei Fraktionen die Gelegenheit zu geben, ebenfalls ein kurzes Grußwort zu halten. Der Ministerpräsident soll gebeten werden, seine Rede nicht zurückzuziehen.

Der Oberbürgermeister fasst zusammen, dass neben dem Ministerpräsidenten je ein Vertreter aller Fraktionen reden wird.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen mit 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung diesem Vorschlag zu.

Abschließend kündigt der Beigeordnete Herr Platz an, das Ergebnis Frau Habisch mitzuteilen. Er merkt an, dass ihr kurzfristig die Vertreter der Fraktionen benannt werden müssen.

6.2. Flüchtlingssituation

Zur Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, hinsichtlich des aktuellen Sachstandes verweist der Oberbürgermeister darauf, hierüber in der Sitzung des Stadtrates am 21. 01. 2016 zu informieren. Hierzu erfolgt auch die Vorlage einer entsprechenden schriftlichen Information (I0006/16) an den Stadtrat.

6.3. Ratskeller

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, nimmt Bezug auf die in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27. 11. 2015 getroffene Aussage, eine schriftliche Information hinsichtlich eines möglichen Nachmieters vorzulegen und kritisiert, dass diese noch nicht erfolgt ist.

Zum Sachstand informiert der Oberbürgermeister, dass mit dem bisherigen Vertragspartner hinsichtlich des Mietpreises keine Einigung erzielt werden konnte und sich dieser jetzt aus dem Vertrag nach dem 17. 01. 2016 zurückzieht. Die Verwaltung müsse nun mit neuen Konditionen die Nutzung neu ausschreiben.

Zum Hinweis des Stadtrates Müller auf den in den Medien kritisch dargestellten Mietpreis legt der Oberbürgermeister dar, dass der Betreiber jetzt eine erheblich geringere Miete zahlen wollte. Auf Grund der bisherigen Umsatzbeteiligung der Stadt besteht hier die Gefahr, dass bei geringerer Mietzahlung seitens der Stadt Zuzahlungen bzgl. der Betriebskosten erfolgen müssten, und dies eine unzulässige Subvention wäre. Auf Grund der Absage anderer möglicher Betreiber muss jetzt neu ausgeschrieben werden. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Neuausschreibung von ihm bereits beauftragt wurde.

6.4. Stadtrat 21. 01. 2016

Bezug nehmend auf die Drucksache DS0509/15 – Fortschreibung Schulentwicklungsplanung ... - informiert Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, dass diese sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch im Ausschuss BSS dem Stadtrat nicht zur Beschlussfassung empfohlen wurde. Er wirft die Frage auf, ob diese Abstimmungsergebnisse in der Verwaltung ein Umdenken dahingehend bewirkt, hier Nachbesserungen vorzunehmen.

Hierzu merkt der Oberbürgermeister an, dass die Drucksache Bestandteil der Tagesordnung des Stadtrates bleiben wird und dort ausdiskutiert werden soll. Insbesondere merkt er an, dass seitens der Verwaltung keine andere Lösung als die vorgelegte, gesehen wird und kündigt an, sich durch den zuständigen Beigeordneten Herrn Prof. Puhle in seiner Dienstberatung am 19. 01. 2016 die Hintergründe für die negativen Ausschussvoten erläutern zu lassen.

Stadtrat Müller gibt den Hinweis, dass sich die geäußerte Kritik hauptsächlich gegen die Verfahrensweise richtet.

6.5. Ratsinformationssystem

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, informiert kritisch über seine Feststellung im Ergebnis von Recherchen, dass zu einigen Ausschusssitzungen keine Niederschriften im Ratsinformationssystem eingestellt sind. Als Beispiel benennt er dabei eine Sitzung des Betriebsausschusses Konservatorium im Jahr 2013.

Die Leiterin Team 3 im BOB Frau Dr. Ignatuschtschenko macht darauf aufmerksam, dass in der Verwaltung ein dezentraler Sitzungsdienst geführt wird. Somit habe das BOB keine Möglichkeit der Einflussnahme auf die Erstellung von Sitzungsniederschriften. Sie verweist jedoch auf die Einflussmöglichkeiten der Vorsitzenden der jeweiligen Ausschüsse bzw. Betriebsausschüsse. Hinsichtlich des benannten Beispiels wird durch die Verwaltung eine Prüfung erfolgen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin